

Pensionskasse der Staat muss seinen Teil beitragen

Die Mitgliedverbände der FEDE rufen die Staatsangestellten dazu auf, an einer Kundgebung am

Donnerstag, 20. September um 17.30 Uhr
Python-Platz, Freiburg

zur Unterstützung folgender Forderungen bezüglich der Pensionskasse teilzunehmen:

- **Gerechte Verteilung der Beitragszahlungen durch Arbeitgeber und Arbeitnehmende**
- **Genügend Zeit für Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern und dem Staat**
- **Aufrechterhaltung der Attraktivität des Staates als Arbeitgeber**

Die Finanzierung der Pensionskasse des Staatspersonals Freiburg (PKSPF) muss revidiert werden, um die Kontinuität der Kasse zu gewährleisten. Wenn es nach dem Willen des Staatsrats geht, soll alles schnell gehen und bereits auf den 1. Januar 2020 ein neuer Vorsorgeplan in Kraft treten.

Für die Personalverbände ist dieser **Zeitplan** hingegen **unrealistisch**. Die Problematik ist komplex und die **Herausforderungen** sind **gewaltig**. Die Renten für das Personal könnten im schlimmsten Fall ohne zusätzliche Finanzierung um durchschnittlich **mehr als 20 % gekürzt** werden.

Es ist daher entscheidend, dass sich der Staat und die Sozialpartner auf Massnahmen zur Stabilisierung der Situation der Pensionskasse einigen. Heute führen die Sozialpartner Verhandlungen auf Grundlage eines durch den Vorstand der Pensionskasse erarbeiteten Modells. Falls dieses Modell umgesetzt würde, **wären die Rentenkürzungen gänzlich unverdaulich**, insbesondere für die

Altersklasse der 40-50-Jährigen, die nicht mehr von Übergangsmassnahmen profitieren würden.

Der bestimmende Parameter wäre dann **der Betrag**, der durch den Staat oder die versicherte Person (zum Beispiel durch Beitragserhöhungen) einbezahlt wird. Beim Staat ist es schwierig, Zahlen zu präsentieren, da die Auswirkungen auf die Renten stark vom Beitrag des Staates abhängt. Damit das Personal Stellung nehmen kann, muss es sich aber auf verlässliche Zahlen stützen können.

Forderungen der FEDE

Am 24. August hat die FEDE ein detailliertes Schreiben an die Delegation des Staatsrats für Personalfragen übergeben. Darin beschreibt sie ihre Forderungen und Erwartungen:

- Ankündigung des durch den Staat als Arbeitgeber finanzierten Beitrags
- Aufteilung der nötigen Finanzierung zu 58,2 % für den Arbeitgeber und 41,8 % für die Versicherten, analog zu

- den gegenwärtigen Beitragszahlungen
- Präsentation der Form und des Betrags der den Versicherten vorgeschlagenen Übergangsmassnahmen und Kompensation für die Übertragung des Investitionsrisikos, das in Zukunft allein von den Versicherten getragen wird
 - Evaluation der Einführung eines Systems mit stufenweise steigenden Prämien, um die Auswirkungen auf die Versicherten zwischen 40 und 50 Jahren abzufedern
 - Bestätigung der Notwendigkeit einer zusätzlichen Finanzierung durch die Umsetzung einer zweiten versicherungstechnischen Expertise Die Berechnungen müssen auf Grundlage des aktuellen Werts und unter Berücksichtigung einer realistischen Erhöhung der Lohnsumme nochmals durchgeführt werden
 - Aktualisierung der bisherigen Planung, um genügend Zeit für die Verhandlungen zwischen den betroffenen Partnern und Instanzen einzuplanen
 - Vorschläge bezüglich der Kündigungsfristen, insbesondere für Lehrpersonen

- Definition der Umsetzung von spezifischen Bedingungen für besonders schwere Berufe
- Grundoptionen für die Angestellten der öffentlichen Hand
- Anschluss der Staatsräte an die Pensionskasse
- **Möglichkeit für die Versicherten, mittels eines Rechners die zukünftigen Auswirkungen auf ihre Renten berechnen zu können**

Wir sind überzeugt, dass unter Berücksichtigung unserer Vorschläge eine gerechte Lösung gefunden werden kann, die auch die Akzeptanz des Projekts beim Personal, den politischen Behörden sowie der Freiburger Bevölkerung erhöhen dürfte, was besonders angesichts des obligatorischen Referendums von Bedeutung ist.

Die FEDE verteidigt Ihre Interessen und zählt für die Demonstration am 20. September auf Ihre breite Unterstützung.

Das Schreiben an den Staatsrat ist auf unserer Webseite unter www.fede.ch einsehbar.

Bernard Fragnière, Präsident der FEDE